

¹⁶ Über die Struktur und die besondere Art sozialer Grundrechte siehe G. Brunner, Die Problematik der sozialen Grundrechte, Tübingen 1971; Jörg Müller, Soziale Grundrechte in der Verfassung, schweizer. Juristenverein 1973, S. 697 ff.

¹⁷ Unter den Papieren von St. Pölten faßt der Bericht der Gruppe III am besten die Grundfragen an die Zukunft zusammen. Die im ersten Abschnitt der Konferenz erarbeiteten Papiere A—D haben ihre Bedeutung vornehmlich in der Herausstellung der besonderen Nöte und Gefahrenstellen der heutigen sozialen Weltlage.

Entwicklung: Prioritäten und Leitlinien

VON SAMUEL L. PARMAR *

Die heutige Diskussion über Entwicklungsfragen ist durch eine allgemeine Grundstimmung gekennzeichnet. Vor zwei Äußerungen dieser Grundstimmung möchte ich gleich zu Beginn meines Vortrages warnen.

1. EINE KRISENPSYCHOLOGIE

Die Weltgemeinschaft muß sich unverzüglich dem Problem der drohenden Ernährungskrise zuwenden. Die Zeiten reichlichen Nahrungsüberschusses scheinen vorüber zu sein. Man schätzt, daß die vorhandene Weltreserve kaum für einen Monat reicht. Keiner kann das Ausmaß und die Dringlichkeit des Problems leugnen oder die Wichtigkeit von Sofortmaßnahmen abstreiten.

Die hohen Nahrungsmittel-, Düngemittel- und Ölpreise verbunden mit einem Rückgang des Angebots stellen für eine Reihe von Entwicklungsländern eine schwere, ja sogar nicht zu bewältigende finanzielle Belastung dar und gefährden ihre landwirtschaftliche Produktion und ihren industriellen Fortschritt.

Verantwortliche internationale Organisationen haben eine Liste von fast 40 Entwicklungsländern aufgestellt, die am härtesten durch Mangel an bestimmten Produkten und durch Preiserhöhungen betroffen werden. Es ist anzunehmen, daß ihre Zahlungsbilanzen im Laufe der nächsten fünf Jahre zusätzliche Defizite von \$ 3 Milliarden pro Jahr erreichen. Diese Gruppe von Ländern bezeichnet man schon als „die Vierte Welt“.

* Professor Parmar ist Leiter des „William Holland University College“ der Universität Allahabad in Indien. Dieser Vortrag ist auf dem Seminar über Entwicklungsfragen der Asiatischen Christlichen Konferenz gehalten worden, das vom 18. bis 23. Oktober 1974 in Bangkok stattgefunden hat.

Unter diesen Umständen ist eine Krisenpsychologie symbolisch für die Wirklichkeit der Wirtschaftslage. Warum dann ein Wort der Warnung?

A. Eine Krise ist der Definition nach ein kurzfristiges Problem. Sie ruft nach Ad hoc-Lösungen und Hilfsmitteln. Entwicklung erfordert langfristige Planung: eher Vorbeugung als Heilmittel; oder positiver gesagt: Heilmittel, die vorbeugende Maßnahmen erleichtern. Darum müssen wir uns vor der akuten Gefahr hüten, daß unsere Prioritäten so stark durch die unmittelbaren Probleme bestimmt werden, daß die grundlegende Aufgabe des radikalen Wandels im sozialen Bereich vernachlässigt, vielleicht sogar aufgeschoben wird.

B. Gerade ein derartiges Spiel aber haben die Machtstrukturen in den Entwicklungsländern gespielt. Bei jedem Versuch, Druck in Richtung auf eine tatsächliche Veränderung in den Institutionen und Werten auszuüben, werden die Leute aufgefordert, Ruhe zu geben, damit die akute Krise — Überschwemmung, Trockenheit, Flüchtlinge, der Konflikt mit einem Nachbarland, Unruhe in der Industrie, Unzufriedenheit unter den Studenten oder die Zahlungsbilanz usw. — in Angriff genommen werden kann. Solche Aufrufe zur Geduld und Ordnung im Namen eines reibungslosen Ablaufes der Entwicklungsprogramme können oft geschickte Rationalisierungen des Status quo sein. Eine Krisenpsychologie verschafft den Kräften, die sich dem Wandel widersetzen, Zuflucht und eine Gnadenfrist.

C. Ohne den Ernst der herrschenden Krise bagatellisieren zu wollen, mag es gut sein, sich zu vergegenwärtigen, daß Armut, Entbehrung, ein Dasein auf des Messers Schneide zwischen Überleben und Auslöschung für einen beträchtlichen Teil der Weltbevölkerung über Generationen, ja Jahrhunderte hinaus Lebensfakten gewesen sind und auch weiterhin noch sein werden. Naturkatastrophen wie Dürre, Überschwemmungen und Hunger ereignen sich mit quälender Regelmäßigkeit. Die Schwierigkeiten sind dadurch verschärft worden, daß zu den Launen der Natur noch die menschlichen Launen hinzugekommen sind. So befinden wir uns in einer immerwährenden Krise. Die in der Entwicklungsliteratur einst beliebte Formulierung „Teufelskreis der Armut“ ist eine treffende Beschreibung der mißlichen Lage, in der wir uns befinden. Wenn wir nach mehr als 20jährigen Bemühungen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, noch immer in einem Zustand der Krise, einer ernsteren Krise, leben, wo ist dann die Entwicklung, von der wir so viel reden?

Wir sollten uns wirklich die Frage stellen: „Warum die gegenwärtige Krise?“ Ich würde folgende Antwort vorschlagen: weil wir so vom Adhocismus, von oberflächlichen Lösungen grundlegender Probleme in Anspruch genommen waren. Wenig ist getan worden, um unsere eigenen Schätze an organischem Dünger, Windkraft, Menschenkraft und Methoden der landwirtschaftlichen

Produktionssteigerung zu entdecken, ohne zur Mechanisierung und zum Gebrauch importierter Hilfsmittel zu greifen.

D. Wenn man schließlich zuviel Aufhebens macht von „einem noch nie dagewesenen Notstand“, so wird sich das als höchst nützlich für die erweisen, die im Hinblick auf internationale wirtschaftliche und politische Beziehungen gegen Veränderungen sind. Es ist schon von Nothilfefonds und Warenbanken und mehr Hilfe von den reichen an die armen Nationen die Rede. Solche Aktionen kommen den Industrienationen zupass. Sie haben reichliche Erfahrung in Nothilfeleistung und der Rettung bedürftiger Länder; und die letzteren haben eine langjährige Erfahrung im Hilfe-Empfangen und -Erbiten. Demnach hat man den Eindruck, daß eine Krise allseitig Befriedigung gibt.

Eine Krisenpsychologie ist eine der stärksten Bedrohungen für die Entwicklung. Wir sollten auf der Hut sein.

In Klammern möchte ich ein Wort an die Kirchen und christlichen Organisationen richten. Wir in Asien sind mit einer Krisenpsychologie vertraut, weil Hilfeleistung die Hauptstoßkraft unseres sozialen Einsatzes gewesen ist. Die „Bittsteller-Empfänger-Beziehung“ gegenüber den Kirchen im Westen ist uns fast zur zweiten Natur geworden. Eine Sozialarbeit, die es uns ermöglicht, neutral zu bleiben (seltsame Neutralität, ist sie doch in der Regel zugunsten derer, die an der Macht sind — des Status quo!), ist bisher unsere starke Seite gewesen. Unser Notrettungseinsatz ist notwendig und wichtig. Doch geben wir uns nicht der Täuschung hin, er sei entwicklungsfördernd. So betrifft die gesamte oben geäußerte Kritik uns. Was tun wir, um wirklich wir selbst zu sein? Um unsere Ressourcen zu mobilisieren? Um sowohl innerhalb unseres eigenen Landes als auch im Verhältnis zu unseren Verbindungsgruppen im Westen Partnerschaft und Gerechtigkeit zwischen Ungleichem zu fördern? Wir leiten und verwalten bestimmte Institutionen. Haben diese sich in irgendeiner bedeutsamen Weise in dem Sinne geändert, daß sie Ausdruck des Entwicklungsverständnisses sind, das wir immer wieder auf ökumenischen Tagungen vertreten?

2. KÖNNEN WIR DIE INTERNATIONALEN STRUKTUREN FÜR UNSER MISSGESCHICK VERANTWORTLICH MACHEN?

Internationale Strukturen im Bereich von politischer Macht, Handel, Investitionen, Hilfe, Transfer von technischem Knowhow, Vermittlung von kulturellen Normen usw. sind ungerecht. Sie neigen dazu, die Industrienationen den Entwicklungsländern gegenüber zu begünstigen. Sie sind Symbol für die institutionalisierte Ungleichheit und die Herrschaft der Starken. Darum erfordert

der Einsatz für soziale Gerechtigkeit einen unermüdlichen Kampf gegen solche Strukturen. Theoretisch sollen internationale Wirtschaftsbeziehungen Ausdruck der Interdependenz sein, so daß alle Partner den gleichen Gewinn davon haben. Praktisch ist das nie so gewesen. Warum dann ein Wort der Warnung?

A. Dem „fremden Teufel“ die Schuld an unserer mißlichen Lage zu geben, kann zu einer einfachen Ausflucht vor einem verantwortlichen Einsatz im Kampf um die Gerechtigkeit in unserer eigenen Gesellschaft werden. Äußere Einflüsse gewinnen Eintritt in ein Land auf dem Wege seiner eigenen vorhandenen Institutionen. Solange diese Institutionen nicht in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der sozialen Gerechtigkeit und Eigenständigkeit geändert werden, wäre es nicht möglich, feindliche internationale Kräfte aus dem Lande herauszuhalten.

B. Der Kampf um den Aufbau gerechter Strukturen in einem Entwicklungsland schafft die Disziplin und die moralische Autorität, um sich für eine Veränderung in den internationalen Strukturen einzusetzen. Solche Berechtigungsnachweise sind wichtig, wenn Entwicklungsländer erfolgreich an internationalen Entscheidungen mitwirken wollen.

C. Erstaunlicherweise scheinen Industrieländer Gefallen an der vehementen Verurteilung der internationalen Beziehungen seitens der Wortführer aus Asien, Afrika und Lateinamerika zu finden. Man könnte ihre Psychologie als eine Psychologie der freiwilligen Selbstgeißelung beschreiben. Könnte es daran liegen, daß dieser Kritik selten Taten folgen? Vertreter der Entwicklungsländer gewinnen ein starkes Gefühl der Selbstgerechtigkeit durch die Verurteilung reicher Nationen. Nachdem sie das getan haben, können sie es sich in den privilegierten Stellungen, die sie in ihren eigenen Ländern innehaben, bequem machen. Die politischen Strategen in den Industrieländern sind nachsichtig uns gegenüber und ermutigen uns, Dampf abzulassen. Unser Verbalradikalismus ist ein willkommener Deckmantel für die Leute auf beiden Seiten, die es mit der Veränderung nicht ernst nehmen.

Die Sache sieht anders aus, wenn es zu radikalen Aktionen kommt. Wir haben das Beispiel der OPEC-Länder. Die Ölkrise hat den Industrieländern bewußt gemacht, daß es bestimmte Hebel der wirtschaftlichen Macht gibt, die die Entwicklungsländer bedienen können. Alle Bemühungen der UNCTAD, die Preise für Exportgüter aus den Entwicklungsländern zu verbessern, sind von geringem Nutzen gewesen. Die OPEC-Maßnahmen haben zu sofortigen Ergebnissen geführt. Darum müssen wir zugunsten von Entscheidungen mit durchschlagender Wirkung auf jeglichen Verbalradikalismus verzichten.

D. Es hat endlose Diskussionen gegeben über Modus und Inhalt ausländischer Hilfe. Ein großer Teil dieser Hilfe hat nur unsere eigene Hilflosigkeit

vergrößert. Wir behaupten, und das zu Recht, daß die ausländische Hilfe unsere Abhängigkeit noch vergrößern wird, solange die internationalen Strukturen des Handels und Transfers von Ressourcen nicht radikal geändert werden. Vielleicht ist es an der Zeit, sich Gedanken zu machen über ein Moratorium für Kritik, die nicht mit Vorschlägen für andere Strukturen verbunden ist.

Geldmittel fließen von westlichen zu asiatischen Kirchen durch Strukturen, die unsere Abhängigkeit fortbestehen lassen. Wir haben lang und breit über Eigenständigkeit geredet, doch unsere Rolle als bereitwillige Empfänger hat sich im großen und ganzen nicht geändert. Auch müssen wir den Idealen des „Selbst-seins“ (selfhood) und der „Authentizität“ (authenticity) einen Inhalt geben. Was ergibt sich in der Praxis daraus? Wenn wir ständig „Empfänger“ bleiben, werden unsere Schöpferkraft und unser Zeugnis erstickt. Eine beiderseitige Beziehung, die sich im „Teilen“ widerspiegelt, ist von entscheidender Bedeutung für unsere Erneuerung. Was hat das Teilen zur Folge? Sind die Kirchen in Asien bereit, sich innerhalb unserer eigenen Region auf das Experiment des Teilens einzulassen als einen ersten Schritt zur Entdeckung des Teilens innerhalb der weltweiten Gemeinschaft? Noch wichtiger aber ist das Teilen unserer Ressourcen und Möglichkeiten mit anderen Gruppen (Anhänger anderer Glaubensüberzeugungen und Ideologien) in unserem Land im gemeinsamen Kampf für einen sozialen Wandel.

Ein neues Entwicklungsverständnis

Warum sollten wir Überlegungen anstrengen, um die Prioritäten und Strategien der Entwicklung neu zu durchdenken? Offensichtlich weil man mit den bestehenden Prioritäten und Strategien unzufrieden ist. Doch dies sind ja keine unabhängigen Größen. Sie leiten sich von einem vorgegebenen Verständnis der Entwicklung her. Zunächst ist dazu zu sagen, daß die Zweifel an den konventionellen Entwicklungsbegriffen durch empirische Faktoren entstanden sind, nämlich die Erfahrungen reicher und armer Nationen. Die reichen Nationen werden heimgesucht von Problemen der Umweltverschmutzung, von der Störung des ökologischen Gleichgewichts, von der Ausbeutung und möglichen Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen der Welt, von der Enttäuschung, die der materielle Wohlstand gebracht hat, von einem tiefen sozialen Unbehagen usw. „Die Armut des Reichtums“ ist zu einer greifbaren Wirklichkeit geworden, wie die weitreichenden Diskussionen über die Grenzen des Wachstums beweisen.

Die Entwicklungsländer stellen nach mehr als zwei Jahrzehnten planvoller Bemühungen fest, daß einige der wichtigsten Ziele der Entwicklung unerreich-

barer geworden sind. Sowohl die absolute als auch die relative Armut hat zugenommen. Nur für wenige Länder besteht die Aussicht, daß sie der Bevölkerung ein wünschenswertes Minimum gewährleisten können. Die Ungleichheit zwischen den verschiedenen Ländern ist noch größer geworden. Inflation und Arbeitslosigkeit greifen um sich. Die grundlegenden Probleme der Ernährung und der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse haben alarmierende Ausmaße angenommen. Experten weisen die Weltgemeinschaft warnend darauf hin, daß viele Teile der Erde sich am Rande einer beispiellosen Mangellage befinden. Die Ausbreitung der Bildung hat das elitäre Denken gefördert und soziale Unzufriedenheit erzeugt. Ausgedehnte Wohlfahrtsdienste haben bislang die Bedürftigen nicht erreicht. Der Mangel an wesentlichen Grunderzeugnissen geht Hand in Hand mit der einfachen Zugänglichkeit von Luxusartikeln und Diensten für die wenigen Privilegierten. Es ist zu einer stärkeren Konzentration der Wirtschaftsmacht entweder in privater Hand oder in der Hand des Staates gekommen, der die herrschende Klasse repräsentiert. Das Wachstum hat keine Infrastruktur für eine gerechte soziale Ordnung schaffen können. Eine solche Konstellation der sozial-ökonomischen Verhältnisse kann nur als eine Negation der Entwicklung bezeichnet werden.

Die Grenzen des konventionellen Entwicklungsverständnisses

Eine gründliche Überprüfung des konventionellen Entwicklungsverständnisses läßt drei wesentliche Begrenzungen erkennen. Erstens ist dieses Entwicklungsverständnis vornehmlich quantitativ und nicht institutionell. Zweitens ist es eine Nachahmung und leitet sich mehr aus den Erfahrungen der Industrieländer als aus den sozial-ökonomischen Gegebenheiten der Entwicklungsländer her. Drittens fehlt ihm eine ganzheitliche Betrachtungsweise, versucht es doch, sich bei einem umfassenden Problem auf Einzellösungen zu verlassen. Es ist nötig, diese Unzulänglichkeiten ins Auge zu fassen, um neue Richtungen für die Entwicklungsstrategie aufzuzeigen.

Die „quantitative Betrachtungsweise“

1. Eine quantitative Betrachtungsweise neigt zu Pauschalergebnissen und Durchschnittswerten, die oft die tatsächliche Situation verschlechtern. Zu den wichtigsten Merkmalen der Entwicklung gehören zum Beispiel die, die sich auf die Zunahme des Bruttosozialprodukts, das Pro-Kopf-Einkommen, die vorhandenen Ressourcen, den Umfang der Investitionen, die Ausbreitung der Bildungs- und Wohlfahrtseinrichtungen usw. beziehen. Bis zu einem gewissen Grade kann ein Zuwachs auf diesen Gebieten eine allgemeine Verbesserung bedeuten, doch sehr oft kann er auch irreführend sein.

2. Das Hauptkriterium, anhand dessen man beurteilen kann, ob Entwicklung geschieht oder nicht, ist die Frage nach den Nutznießern des quantitativen Zuwachses. Die Entwicklung ist ein Prozeß, durch den die Armut überwunden werden sollte. Darum kann man sagen, daß Entwicklung stattgefunden hat, wenn die Früchte des Wachstums die Armen erreichen, sonst nicht.

Kürzlich hat man sich ernsthafte Sorgen gemacht über die absolute Armut, die für die Mehrzahl der Menschen in den Entwicklungsländern die Bedingung ist, unter der sie leben. Die „Armuts Grenze“ (poverty line), die als statistischer Maßstab für eine solche Entbehrung gebraucht wird, liegt in den meisten Fällen weit unter dem wünschenswerten Minimum. In seiner Ansprache vor dem Aufsichtsrat der Weltbank im September 1973 in Nairobi hat Dr. McNamara schockierende Beispiele absoluter Armut in Asien, Afrika und Lateinamerika angeführt:

- Ein Drittel bis zu einer halben Milliarde von Menschen in diesen Ländern leidet an Hunger oder Unterernährung.
- Etwa 20% bis 25% ihrer Kinder sterben vor Vollendung des fünften Lebensjahres, und Millionen von Kindern unter denen, die nicht sterben, führen ein behindertes Leben, weil durch Mangelernährung ihr Gehirn geschädigt, ihr Körper verkümmert und ihre Lebenskraft untergraben worden ist.
- Die Lebenserwartung der Durchschnittsbevölkerung ist 20 Jahre geringer als in den reichen Ländern der Welt. Ihnen werden 30% des Lebens vorenthalten, das die Menschen in den Industrieländern führen können.
- Etwa 800 Millionen von ihnen sind Analphabeten, und trotz der anhaltenden Ausbreitung der Bildung in den kommenden Jahren ist damit zu rechnen, daß noch mehr Kinder dieses Schicksal erleiden.

Es mag erstaunlich sein, daß das Wachstum die absolute Armut in keinerlei spürbarem Ausmaße gelindert zu haben scheint; doch wenn man sich die ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Macht in einem unterentwickelten Land vor Augen führt, wird dieses Phänomen verständlich.

3. Einer der begrifflichen Irrtümer, die durch die quantitative Betrachtungsweise genährt werden, besteht darin, ein ganzes Land als „arm“ zu bezeichnen, und zwar aufgrund des Pro-Kopf-Einkommens. Eine solche verallgemeinernde Benennung verdunkelt die Tatsache, daß es in einem armen Land kleine Inseln des Reichtums gibt, die die Hebel der wirtschaftlichen und politischen Macht beherrschen und bedienen und sich somit den Hauptanteil der Produktion aneignen.

Ressourcen fließen nicht in ein Vakuum, sondern in ein vorgegebenes soziales Gefüge. Wenn dieses Gefüge ungerecht ist, wird der Gebrauch zusätzlicher

Ressourcen die Ungleichheit und Ausbeutung der Schwachen nur noch verstärken. Entwicklungsstrategien sollten struktureller Wandel herbeiführen. Der Entwicklungsprozeß sollte nicht als eine bloße wirtschaftlich-technische Übung für die Anhäufung und Entfaltung von Ressourcen verstanden werden. Er sollte grundlegende Veränderungen im gesamten Sozialgefüge anstreben, das heißt in den sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Institutionen.

Struktureller Wandel erfordert einen Wandel der Werte und Institutionen. Die Erfahrungen aus einer Reihe von Entwicklungsländern zeigen, daß Entwicklungsbemühungen unter dem Einfluß der quantitativen Betrachtungsweise zu Gehilfen und Verbündeten des Status quo geworden sind, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Es ist ein Gemeinplatz für Wortführer von Entwicklungsländern, den Neokolonialismus und die ihm zugrundeliegenden ungerechten Strukturen der internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu verdammen. Doch man sollte nicht vergessen, daß äußere Einflüsse Eingang in unsere Wirtschaftssysteme finden durch die stillschweigende Duldung und Mitarbeit ungerechter interner Strukturen. Eine quantitative Betrachtungsweise geht an diesen grundlegenden Problemen der Entwicklung vorbei.

4. Die Unfähigkeit, die absolute Armut zu lindern, führt leicht zu einer Verschärfung der relativen Armut, d. h. der sozio-ökonomischen Ungleichheit. Unterdrückte Gruppen sind entweder außerstande aufzusteigen oder kommen in einem mühselig langsamen Tempo voran. Herrschende Gruppen ihrerseits steigen dank ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht schneller auf. So wird in jedem weiteren Stadium die Diskrepanz zwischen den „Habenden“ und den „Habenichtsen“ größer. Das an sich ist schon schlimm genug. Noch beunruhigender aber ist die Tatsache, daß aufgrund einer nichtinstitutionellen Tendenz wirtschaftlicher Bestrebungen Ausbeutung und Bereicherung als vorherrschende Werte eine immer stärkere Macht über die Gesellschaft gewinnen. Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn eine Gruppe unter den Benachteiligten eine andere ausbeutet, wo sie die Gelegenheit dazu findet. Die schamlose Jagd nach Profit und persönlichem Vorteil verseucht viele unserer Gesellschaften mit einem Ethos in der Art des „etwas für nichts“ oder der „Belohnung ohne Anstrengung“. Das Konsumdenken, das ein wesentliches Produkt der quantitativen Betrachtungsweise ist, hat entscheidend zur Korruption und Gewinnsucht in unseren „weichen Staaten“ beigetragen.

Der qualitative Aspekt

5. In der bisherigen Analyse ist der Begriff „quantitatives Wachstum“ in einem verunglimpfenden Sinne gebraucht worden. Das könnte den Eindruck

erwecken, daß das Wachstum nicht als wichtig für die Entwicklung betrachtet wird. Das wäre jedoch ein grobes Mißverständnis. Wachstum ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung. Und gerade aus diesem Grund ist es notwendig, qualitative Kriterien einzuführen, um die Wirksamkeit des Wachstums zu beurteilen. Führt der Produktionsprozeß einfach zu einer Zunahme der Menge an Gütern und Dienstleistungen überhaupt oder aber derjenigen Güter und Dienstleistungen, die die soziale Gerechtigkeit und Wohlfahrt fördern, die benachteiligten Gruppen in den Entwicklungsprozeß miteinbeziehen und zu einer eigenständigen Entwicklung anregen? Diese umfassendere Dimension des Wachstums kann mit dem Begriff „qualitatives Wachstum“ bezeichnet werden.

Von einem qualitativen Standpunkt her wird der Inhalt der Produktion wichtiger als ihr Quantum. Jede Zunahme der Produktion erhöht das Brutto-sozialprodukt, mag es sich nun um Fünf-Sterne-Hotels oder Sozialwohnungen, Privatwagen oder öffentliche Transportmittel, elitäre Bildung oder sozial-schöpferische Erziehung, Luxusartikel oder wesentliche Gebrauchsgüter usw. handeln. Doch während die erste Kategorie von Erzeugnissen die Ungleichheit vermehrt, lindert die zweite Kategorie die Armut. Das quantitative Wachstum hat dem Mythos Nahrung gegeben, daß, wenn die Produktion nur zunimmt, der Gewinn auch automatisch zu den Bedürftigen durchsickert. Der ganze Symptomkomplex von Profit, Anreiz und Nachfrage stimmt die Produktion auf die Interessen der privilegierten Mehrheit ab, die über eine angemessene Kaufkraft verfügt und eine höhere Vergütung für rare Dinge wie Kapital und Betriebe fordert, die in ihrer Hand sind. Wachstum ohne qualitative Einschränkungen untergräbt die soziale Gerechtigkeit.

6. Die Relationen zwischen Kosten und Gewinn werden bei einem qualitativen Verständnis des Wachstums nicht so sehr von dem jeweiligen Bereich als von der Gesellschaft her gesehen. Wenn der soziale Gewinn höher liegt als die sozialen Kosten, so daß der wirtschaftliche Netto-Wohlstand zunimmt, kann man von Entwicklung sprechen, weil nur ein solches Wachstum das Wohl der Armen erhöht. Es ist üblich, Kosten und Gewinn in einem engen, beschränkten Sinne zu verstehen. Nehmen wir zum Beispiel an, eine neue Fabrik wird gebaut. Wenn der Wert des Ertrages höher liegt als die investierten Mittel, dann hält man das Projekt für vorteilhaft. Doch was kostet es die Gesellschaft? Um diese Frage beantworten zu können, wird man die negativen Folgeerscheinungen abschätzen müssen sowie industrielle Umweltverschmutzung, die Ausbreitung von Elendsvierteln, die Übel der Urbanisierung (Verbrechen, Entfremdung, die Subkultur der Armut usw.). Die Industriezentren in den Entwicklungsländern, die oft als Schwerpunkte der Wirtschaft bezeichnet werden, haben

in Wirklichkeit in ungeheuerem Maße zu den sozialen Kosten beigetragen, die vielleicht in keinem Verhältnis zum sozialen Gewinn stehen, der erzielt worden ist.

Das Wachstum des städtischen Proletariats und eines Subproletariats ent wurzelter Bauern macht ebenfalls die soziale Gerechtigkeit zum Gespött. Die wirtschaftlichen Ungleichheiten sind durch einen unbedachten Prozeß der Industrialisierung noch verstärkt worden. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land, die ein klassisches Beispiel für die durch Beherrschung und Abhängigkeit gekennzeichneten Beziehungen sind, haben sich weiter verschlechtert. Wir bedauern die Abwanderung der Intelligenz und protestieren gegen internationale Wirtschaftsstrukturen, die das Wachstum unserer potentiellen Industrien ersticken und verkümmern lassen. Doch in unserem gierigen Trachten nach quantitativem Wachstum haben wir uns eines ähnlichen Vergehens unseren landwirtschaftlichen Sektoren gegenüber schuldig gemacht.

Eigenständigkeit ist ein wesentliches Element der Entwicklung. In mehrfacher Weise hat die Voreingenommenheit für quantitatives Wachstum die Eigenständigkeit unterminiert. Um eine hohe Wachstumsrate aufrechtzuerhalten, sind Kapital und Technologie aus den Industrieländern eingeführt worden. Das hat in der Mehrzahl der Fälle zu einer unzulänglichen Nutzung unserer reichlich vorhandenen Ressourcen wie Arbeitskräfte, einfache Fertigkeiten, Rohstoffe usw. geführt. Die alarmierende Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, die Hand in Hand geht mit der industriellen Expansion, ist ein Beispiel dafür. Neue soziale Kosten in der Form von ungünstigen Zahlungsbilanzen und einer unverantwortlichen Ausfuhr von erschöpfbaren Ressourcen verschärfen unsere Schwierigkeiten.

Das bedeutsamste Merkmal des qualitativen Wachstums liegt vielleicht darin, daß es den kulturellen und menschlichen Faktoren einen Einfluß bei der Bestimmung von Wohlstand und Entwicklung einräumt. Das ist auch aus der Bedeutung ersichtlich, die es der sozialen Gerechtigkeit und der Eigenständigkeit zumißt. Es läßt auch für Wertüberlegungen Raum. Da soziale Institutionen von Werten bestimmt sind und diese auch wiederum beeinflussen, bietet die qualitative Betrachtungsweise einen institutionellen oder strukturellen Zugang zur Entwicklung.

Viele Entwicklungsländer sehen sich einem beispiellosen Anstieg der Korruption, des Hortens, der Profitmacherei und der illegalen in- und ausländischen Transaktionen gegenüber, die am Grundbestand der Gesellschaft zehren. Diese verwerflichen Kräfte haben im Prozeß des quantitativen Wachstums Nahrung gefunden. Während die Grundbedürfnisse unbefriedigt bleiben, gewinnt das Streben nach Luxusartikeln an Triebkraft. Es findet ein stetiger Ver-

schleiß an sozialer Einsatzbereitschaft und Verantwortung statt. Derartige Tendenzen schaffen Werte und soziale Verhaltensweisen, die die Entwicklung gefährden. Darum müssen wir die enge Vorstellung einer hohen Wachstumsrate ablegen, und zwar zugunsten einer wertorientierten qualitativen Betrachtungsweise, in der der Kampf gegen die Armut von Anfang an auf sozialer Gerechtigkeit und der Beteiligung des Volkes begründet ist.

Von der Nachahmung zur Authentizität

Das herkömmliche Entwicklungsverständnis, das die Prioritäten und Strategien in den Entwicklungsländern bestimmt hat, beruht auf den Verhältnissen in den Industrienationen und läßt oft wichtige Aspekte der sozialökonomischen Gegebenheiten in den Entwicklungsländern außer Betracht. Einige Ausdrucksweisen dieser intellektuellen Versklavung mögen hier erwähnt sein.

1. Nehmen wir den Begriff „Revolution der steigenden Erwartungen“, der ein beliebter Slogan in der Entwicklungsliteratur gewesen ist. Er dreht sich um den Konsumzuwachs als Anreiz zur Leistung. Unsere Wirtschaft leidet an einem Mangel an Gütern und wesentlichen Produktionsfaktoren, an krassen Ungleichheiten, an einer Apathie gegenüber ausdauernden Bemühungen usw. Der Nachdruck sollte auf wirtschaftlicher Selbsteinschränkung (austerity) und Sparsamkeit liegen, um mehr Ressourcen zu erwerben, und auf harter Arbeit und sozialer Disziplin, um unseren Reichtum an Menschen für eine Erhöhung der Produktion zu nutzen. Zugleich sollten die Früchte dieser Bemühungen die Ungleichheiten verringern, so daß das Volk Anteil an der Entwicklung bekommen kann. Ohne eine solche Zusicherung werden sie das Gefühl haben, daß die Privilegierten nach wie vor aus ihrer Mühe und ihrem Schweiß Gewinn ziehen.

Konsumdenken mit allem, was es beinhaltet, ist für Entwicklungsländer grundsätzlich unangemessen. Statt den Wunsch nach individuellem Konsum zu nähren, ist es notwendig, ein Klima des bescheidenen Konsums zu schaffen, das unserem Potential an Ressourcen entspricht, so daß die sozialen Bedürfnisse Priorität gewinnen.

2. Andere Begriffe wie „Rationalisierung“ sind irrelevant für Entwicklungsländer. Der wesentlichste Bestandteil der Rationalisierung ist die Mechanisierung, d. h. die Ersetzung des Menschen durch Maschinen. Das mag für Industriegesellschaften Geltung haben, trägt aber dem reichen Angebot an Arbeitskräften in Entwicklungsländern nicht Rechnung. Rationalisierung bedeutet, Vernunft in den Produktionsprozeß einzubringen, um eine optimale Nutzung der Ressourcen zu ermöglichen. Wo Reichtum an Arbeitskräften und Mangel an Kapital herrscht, wäre es rationell, am letzteren zu sparen und Möglich-

keiten für eine vollere Ausnutzung der ersteren zu schaffen. Die Entwicklungsländer haben diese Methode ausprobiert, und was sie damit erreicht haben, war zunehmende Arbeitslosigkeit, eine größere Abhängigkeit von Industrienationen im Hinblick auf technische Hilfe und die Unfähigkeit, gesunde Grundlagen für ihren eigenen technologischen Fortschritt zu legen.

3. Ein falscher Optimismus im Blick auf Wissenschaft und Technologie ist ein weiteres Merkmal der nachahmenden Methode. In den fünfziger und sechziger Jahren nahm man an, daß die Entwicklungsländer sich für die Entwicklung nach den Grundsätzen der Industrienationen entschieden hätten. Heute hat man erkannt, daß die Technologie ihre Grenzen hat und daß sowohl in armen als auch in reichen Nationen Mangel erfahren wird. Was die Entwicklungsländer betrifft, so ist ihre Lage weitaus ernster, denn sie haben weder Reserven an Gütern und Kaufkraft noch die Mittel, genug zu erwerben, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen angesichts einer Weltwirtschaft, in der die mächtigen Nationen in der Lage sind, das, was vorhanden ist, zu monopolisieren. Die Prioritäten müssen im Kontext der Armut und Knappheit gesetzt werden.

4. Es ist schon nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Entwicklungsbemühungen ihren Schwerpunkt vom Quantum der Güter zur Qualität des Lebens verlagern sollten; das würde bedeuten, von einer positivistischen, nicht-institutionellen Betrachtungsweise, so wie sie in den westlichen Industrieländern vorherrschte, zu einer strukturellen Betrachtungsweise. Der Pragmatismus, der Kennzeichen der traditionellen Nationalökonomie gewesen ist, muß einem ideologischen Standpunkt weichen, der die Methoden eindeutigen Zielen und tragfähigen Institutionen zuordnet. Die sogenannte Neutralität der Wirtschaft gegenüber politischen Faktoren ist für Entwicklungsländer ganz sicher unannehmbar. Wo Probleme der Armut und Ungerechtigkeit die Szene beherrschen, ist es unmöglich, Fragen im Zusammenhang mit den Machtstrukturen zu vermeiden.

5. Der Irrtum des „Aufholen“-Wollens in der Entwicklung ist offenbar geworden. Die Kluft zwischen armen und reichen Nationen hat sich vertieft. Das Bemühen, mit den Industrienationen Schritt zu halten, hat dazu geführt, daß wir die wichtigere Frage der Verminderung der Ungleichheiten in unserem eigenen Land vernachlässigt haben. Entwicklung bedeutet, so wie die entwickelten Nationen zu sein. Im Hinblick auf die Ressourcen, die in der Welt zur Verfügung stehen, ist das gegenwärtig nicht möglich. Außerdem ist das Wohl der Menschen durch den Weg, den die Industrienationen eingeschlagen haben, nicht gefördert worden. Darum sollte die Wirtschaft in den Entwicklungslän-

dern sowohl auf Grund dessen, was möglich als auch dessen, was wünschenswert ist, weise genug sein, einen anderen Kurs einzuschlagen.

Die enttäuschten Entwicklungsbemühungen der letzten zwei Jahrzehnte sollten uns dazu bewegen, die Methode der Nachahmung fallen zu lassen. Was wir brauchen, ist eine authentische Entwicklung. Ziele und Verfahrensweisen müssen den Erfordernissen unserer Gesellschaft angepaßt sein. Der erste eigenständige Schritt besteht darin, intellektuell frei zu werden und zu entdecken, was für uns relevant ist.

Die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Betrachtungsweise

Aus einem herkömmlichen Verständnis der Entwicklung heraus ist die Wirtschaftspolitik bislang partikularistisch gewesen. Man hat auf Kapital oder ausländische Hilfe oder private ausländische Investitionen oder auf eine Ausweitung der Bildung usw. gebaut. Solange keine ganzheitliche Strategie entwickelt wird, die alle diese Komponenten berücksichtigt, wird es unmöglich sein, die gesteckten Ziele zu erreichen. Man nehme als Beispiel den Begriff des Verhältnisses von Kapital und Ertrag. Er legt den Gedanken der Aufbringung einer bestimmten Kapitalsumme nahe, um eine festgesetzte Wachstumsrate zu erreichen. Er erweckt den Eindruck, daß die Wirtschaft den „Startpunkt“ erreichen wird, sobald die magische Formel entdeckt und das erforderliche Kapital durch interne Ersparnisse zusammen mit ausländischen Mitteln bereitgestellt worden ist. All die wichtigen nicht-ökonomischen Faktoren wie Institutionen, menschliches Verhalten, sozio-kulturelle Normen, politische Engpässe sind dabei geflissentlich außer acht gelassen worden.

Ein weiteres gutes Beispiel ist die Betonung der Erziehung und Bildung. Man nahm an, daß die Verbreitung von Erziehung und Bildung menschliches Kapital aufbauen würde. Und tatsächlich sind Erziehungsausgaben als „Investitionen in Mensch“ bezeichnet worden. Sobald ein befriedigendes Bildungsniveau erreicht ist — so meinte man —, würde die Entwicklung folgen. Selten wurden die Fragen gestellt: „Welche Art von Bildung? Welche Werte würde sie einpflanzen?“ Die Erfahrung hat gezeigt, daß in vielen Entwicklungsländern die Ausbreitung der Bildung dazu geführt hat, daß die Gebildeten eher aus der Entwicklung herausgenommen als in den Entwicklungsprozeß integriert worden sind. Statt soziales Verantwortungsbewußtsein zu fördern, hat sie zu Selbstsucht und Selbstverherrlichung angeregt und die Gebildeten dazu verleitet, der Elite zuzuneigen, die Hüter des Status quo ist.

Darum ist es wichtig, alle wesentlichen Elemente des Entwicklungsprozesses in ein solches Verhältnis zueinander zu bringen, daß sie sich gegenseitig stützen. Wenn das Wachstum dazu verhilft, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen, dann

erhöht es die Produktivität und Sparkapazität einer ehemals schwachen Gruppe und gewährleistet somit eine zufriedenstellende Wachstumsrate über eine längere Zeit hinaus. Eine ganzheitliche Betrachtungsweise würde eine Wirtschaftspolitik zur Folge haben, durch die das Quantitative zum Werkzeug für strukturelle Veränderungen werden würde. Oder um es mit anderen Worten zu sagen, das Wachstum würde qualitative Dimensionen annehmen, so daß soziale Gerechtigkeit und die Beteiligung des Volkes gewährleistet sind. Nur wenn das Volk in Bewegung gerät, was unvermeidlich ist, wenn es Anteil am Entwicklungsprozeß gewinnt, wird es möglich sein, eine echte Eigenständigkeit zu erreichen.

Leitlinien für eine echte Entwicklung

Die Diagnose des Problems ist zu lang geworden, vielleicht aufgrund des reichen empirischen Beweismaterials, das einen Rückblick liefert. Wie dem auch sei, eine solche Analyse zeigt, daß wir zu einem neuen Verständnis von Entwicklung kommen müssen. Wenn man das gesagt hat, hat man kaum irgend etwas gesagt, weil die Schwierigkeiten, in denen unsere sozialen und ökonomischen Systeme sich finden, ein Hinweis auf die Wichtigkeit eines neuen Ansatzes sind. Einige kurze Andeutungen über Leitlinien und Prioritäten in Übereinstimmung mit den oben entfalteten Gedankengängen könnten jetzt vielleicht angebracht sein.

Dabei wollen wir mit der grundlegenden Aussage beginnen, daß Entwicklung ein Prozeß zur Überwindung der Armut ist. Welches sollten die wesentlichen Bestandteile eines solchen Prozesses sein?

1. Die höchste Priorität sollte der Abschaffung der absoluten Armut gegeben werden. Die Entwicklungsstrategien sollten sich auf diejenigen konzentrieren, die unter der Armutsgrenze liegen. Die vorhandenen Mittel sollten für die Produktion lebenswichtiger Güter eingesetzt und von der Produktion weniger wichtiger Güter abgezogen werden. Zum Beispiel: Sozialwohnungen anstelle von Luxusappartements; grobe und halbfeine Bekleidung anstelle von feinen Textilien oder synthetischen Stoffen; kleine Bewässerungsprojekte, die den Bevölkerungsteilen mit niedrigem Einkommen zugute kommen, anstelle von riesigen Mehrzweckprojekten; Ausbildung für elementare ländliche Gesundheitsdienste anstelle einer Konzentration auf Einrichtungen des Gesundheitswesens in städtischen Gebieten usw. All diese Produktionsverschiebungen können sofort vorgenommen werden. Doch handelt es sich dabei nicht nur um eine technische Veränderung in der allgemeinen Ausrichtung der Produktion. Es wird vielmehr ein neues Ethos erforderlich sein: die Annahme relativ einfacher Konsumgewohnheiten und die bewußte Absage an jegliche Konsumjagd.

2. Eine Änderung der Prioritäten in der Produktion bringt also für die Verbraucher eine Einschränkung in der Auswahl mit sich, besonders für die besser gestellten Bevölkerungsteile, deren Nachfrage die Produktion weniger wichtiger Güter anregt und der Großtuerei in der Gesellschaft Vorschub leistet. Selbst die, die sich das Notwendige nicht leisten können, fallen oft den Verlockungen eines oberflächlichen Konsums zum Opfer. Man sollte auch erkennen, daß diese Art von Regulierung des Konsums ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Gerechtigkeit ist.

3. Es genügt nicht, die absolute Armut zu lindern. Die Bevölkerung würde dann immer noch auf dem Niveau der reinen Existenzerhaltung leben. Wir müssen den Maßstab eines „wünschenswerten Minimums“ anlegen. Das kann in Form von Nahrungskalorien, Quadratmetern an Bekleidung und Wohnung, Einrichtungen des Erziehungs- und Gesundheitswesens usw. berechnet werden. Die Erreichung eines solchen Minimums muß der erste Verwendungszweck der nationalen Ressourcen sein. Ein Entwicklungsland hat begrenzte Ressourcen. Um genug Mittel für die Bereitstellung eines wünschenswerten Minimums zu haben, wird es darum nötig sein, sich über ein „zulässiges Maximum“ zu einigen, damit die begrenzten Ressourcen nicht in den wachsenden Konsum der privilegierten Minderheit abgeleitet werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies nicht ohne einen radikalen Wandel in den Machtverhältnissen geschehen kann. In dem Augenblick, wo ein Maximum vorgeschlagen wird, fühlt sich die bestehende Machtstruktur bedroht. In Diskussionen über Entwicklung bereitet es selten Schwierigkeiten, sich über ein wünschenswertes Minimum zu einigen: das Hindernis tritt auf, wenn die damit zusammenhängende Frage des zulässigen Maximums aufgeworfen wird. Dabei sollten wir uns darüber klar sein, daß das erstere ohne das letztere nicht möglich ist. Die Politik der sozialen Gerechtigkeit erhält in diesem Kontext ihre Bedeutung.

4. Soziale Gerechtigkeit und Beteiligung des Volkes stehen in Wechselbeziehung zueinander; sie fördern sich gegenseitig. Neben einer Produktion, die den sozialen Bedürfnissen angepaßt ist, und einem Verbrauch, der die begrenzten Ressourcen widerspiegelt, sind noch einige weitere Aspekte von Bedeutung.

Die Leute müssen ein Einkommen haben, um Güter zu kaufen. So müssen sie erwerbstätig sein. Riesenprojekte (Gigantismus) und Industrialisierung haben nicht vermocht, die verfügbaren Arbeitskräfte zu absorbieren. Eine einfache, arbeitsintensive Technologie ist erforderlich.

Indem Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit überwunden werden, werden die Menschen in den Produktionsprozeß miteinbezogen. Das führt zu einer stärkeren Beteiligung des Volkes. Der Gebrauch einer einfacheren Tech-

nologie schafft die Vorbedingungen für eine dezentralisierte Produktion und kann der „Landflucht“ abhelfen, die immer mehr Menschen zwingt, in die Städte und Industriezentren abzuwandern. Die zügellose Urbanisierung in den Industrieländern ist eine entmenslichende Kraft, die im Interesse der sozialen Gerechtigkeit aufgehalten werden muß.

Taufe — Eucharistie — Amt

Überblick über einen ökumenischen Studienprozeß

VON GÜNTHER GASSMANN

I. ZUM VORLÄUFIGEN ABSCHLUSS DIESES STUDIENPROZESSES

Der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung wurden auf ihrer Sitzung im Juli/August 1974 in Accra/Ghana drei Dokumente zur Erörterung vorgelegt, die aus einem längeren ökumenischen Studienprozeß erwachsen sind. Die Kommission revidierte die drei Texte über die Taufe, die Eucharistie und das Amt, machte Vorschläge für eine abschließende Redaktion und empfahl deren Veröffentlichung. Das Exekutivkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen beschloß, daß diese Texte veröffentlicht und an die Mitgliedskirchen weitergeleitet werden sollen. Sie sind inzwischen im Berichtsband über die Tagung in Accra (Accra 1974, Beiheft Nr. 27 zur Ökumenischen Rundschau) und als Sonderveröffentlichung (Eine Taufe, eine Eucharistie, ein Amt, Korntal 1975) auf deutsch erschienen.

Mit dieser Veröffentlichung ist die Absicht der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung verbunden, die Studien über Taufe, Eucharistie und Amt vorläufig nicht weiterzuführen. Diese Entscheidung ist nicht Ausdruck einer Abkehr von den traditionellen „Faith and Order“-Themen, aus ihr spricht nicht der Überdruß an den „alten“ ökumenischen Kontroversfragen oder der Wunsch, Zeit, Kraft und Finanzen nun voll und ganz den aktuellen Problemen zu widmen, die sich angesichts der ständig neu ergebenden Situationen und Herausforderungen für das ökumenische Gespräch stellen. „Faith and Order“ ist bisher der Versuchung des mit diesen Vermutungen implizierten Entweder — Oder nicht erlegen. Die Kommission hat an der Bearbeitung der sich aus der Geschichte der getrennten Kirchen ergebenden theologischen Unterschiede,